



Parlamentarische Gruppe Auslandschweizer

August 02/17

APK-N unterstützt Motion zur PostFinance mit grosser Mehrheit

Am 3. Juli 2017 hat die Aussenpolitische Kommission des Nationalrats (APK-N) eine Motion eingereicht (unterstützt mit 19 zu 0 Stimmen bei 1 Enthaltung), in der die PostFinance zur Prüfung ihrer Leistungen für die Fünfte Schweiz ([17.3626](#)) aufgefordert wird.

Die Motion verlangt, dass die PostFinance die Ausweitung der Grundversorgung mit Dienstleistungen des Zahlungsverkehrs auf Auslandschweizer überprüft, um diesen die Erfüllung ihrer Pflichten zu ermöglichen. Die PostFinance, deren Hauptaktionärin die im Besitz des Bundes befindliche Schweizerische Post ist, trägt eine besondere Verantwortung für die Schweizer Bürger.

Man muss betonen, dass die Zahl der Auslandschweizer stetig steigt (um ca. 2% jährlich), und die Bedeutung unserer Landsleute im Ausland für unser Land – vor allem auf wirtschaftlicher Ebene – ist allgemein bekannt. Auch das Migrationsmuster hat sich deutlich geändert. Unsere Landsleute gehen immer öfter kurzfristig aus beruflichen Gründen ins Ausland. Gerade sie brauchen unbedingt ein Bankkonto in der Schweiz. Das gilt für den Abschluss einer Krankenversicherung, AHV-Beitragszahlungen, die Zahlung von Aufenthaltskosten in der Schweiz oder die Verwaltung der Erträge und Aufwendungen im Zusammenhang mit Immobilienbesitz. Es gilt also, die Hindernisse für eine Ausreise der Schweizer ins Ausland und für ihre Rückkehr in die Schweiz zu beseitigen und sich an der Aufrechterhaltung der internationalen Mobilität unserer Landsleute in aller Welt zu beteiligen. – Der Nationalrat wird am 11. September über die genannte Motion befinden.

Die Ständeräte hinter der Motion «Too big to fail»

Am 16.6.2017 reichte der Ständerat und ASO-Vizepräsident Filippo Lombardi (CVP/TI) eine Motion zu den systemrelevanten Banken ein ([17.3511](#)), die von 35 Ständeräten mitunterzeichnet wurde. Sie fordert den Ständerat auf, sicherzustellen, dass alle Auslandschweizer ein Konto bei einer systemrelevanten Bank eröffnen können. Dies als «Gegenleistung für die implizite Garantie des Staates, sie gegebenenfalls zu retten».

Grund für diese Motion war die Ablehnung der Motion des Nationalrats und ASO-Vorstandsmitglieds Roland Rino Büchel (SVP/SG) durch den Nationalrat am 4.5.2017, die ebenfalls forderte, dass alle Auslandschweizer ein Konto bei einer systemrelevanten Bank eröffnen können. Die Ablehnung dieser Motion durch den Nationalrat mit nur drei Stimmen Differenz (82 Nein-Stimmen, 79 Ja-Stimmen und 29 Enthaltungen) hatte einen Sturm der Entrüstung seitens der Auslandschweizer ausgelöst. – Der Ständerat wird am 19. September über diesen Antrag abstimmen.

Newsletter der Parlamentarischen Gruppe

[Abonnieren oder abbestellen](#)

Links

[aso.ch](#)
[swisscommunity.org](#)
[parlament.ch](#)

Neu:

Frühstück:

**1. Mittwoch der
Ersten Sessionswoche**

Am 15. Juni 2017 haben sich die [Präsidiumsmitglieder der Parlamentarischen Gruppe](#) wie auch die Bundesparlamentarier, die Mitglied im Auslandsschweizerat und im ASO-Vorstand sind, zu einer informellen Sitzung in der Wandelhalle des Bundeshauses versammelt.

Dabei wurde beschlossen, dass an jedem 1. Mittwoch in der 1. Sessionswoche ein Frühstück von 7.15 bis 8.45 Uhr organisiert werden würde, und zwar im Restaurant «Galerie des Alpes».

Die Arbeitssitzung steht allen Mitgliedern der Parlamentarischen Gruppe offen mit dem Ziel, die Lobbyarbeit für die Vertretung der Interessen der Auslandschweizer zu optimieren.

Zwei Wochen vor den Sessions wird das Sekretariat der ASO ein Dokument verschicken, welches die Traktanden zusammenfasst, die



Rückblick auf den 95. Auslandschweizer-Kongress

Pressekonferenz zum Thema «Banken»

Im Vorfeld ihres jährlichen [Kongresses in Basel](#) hat die Auslandschweizer-Organisation (ASO) [eine Pressekonferenz](#) zur Bankenproblematik organisiert. Dabei erläuterte die ASO noch einmal die hinsichtlich der Bankbeziehungen seit 2008 unternommenen Schritte und informierte über ihre neue Strategie, die auf drei Schwerpunkten beruht. Diese zielt auf eine Lösung des Problems ab, indem sie es an drei Punkten angeht:

- Systemrelevante Banken. Diese geniessen eine [implizite Garantie des Bundes](#) (Botschaft des BR vom 20.4.2011 – S. 4366, Absatz 1) im Fall von Zahlungsschwierigkeiten und sogar bei Konkurs, und somit müssten sie im Gegenzug dazu gebracht werden, die Auslandschweizer als Kunden zu akzeptieren.
- Die Banken in öffentlicher Hand haben besondere Pflichten gegenüber den Schweizerbürgern. So ist dies der Fall bei der PostFinance und den verschiedenen Kantonalbanken. Die ASO hat angemerkt, dass sie – auch wenn sie zurzeit den Dialog mit Letzteren vorzieht – nicht zögern wird, sich an die Regierungsräte der Kantone, den Besitzern der Kantonalbanken, und an die Kantonsparlamente zu wenden, sollte sie eine unbefriedigende Antwort erhalten.
- Die Privatbanken. Die ASO hofft nach wie vor, die Privatbanken von einer Gleichbehandlung der Inland- und Auslandschweizer überzeugen zu können, und versucht daher weiterhin, diese für sich zu gewinnen.

Seit neun Jahren steht das Thema Banken im Mittelpunkt der Diskussionen des Auslandschweizerrates (ASR). Weder die wiederholten Anfragen an die zuständigen Departemente des Bundes noch die Kontaktaufnahme mit den Schweizer Banken, der Schweizerischen Bankiervereinigung oder dem Schweizerischen Bankenombudsmann haben zu einer einvernehmlichen Lösung geführt. Für die Lösung des Problems ist somit eine Gesetzesänderung erforderlich. Die Motionen der APK-N und des Ständerats Filippo Lombardi, die am 11. bzw. 19. September behandelt werden (wie weiter oben erwähnt), sind also von zentraler Bedeutung. Sie sind auch eine Nagelprobe für den Willen des Gesetzgebers, eine Lösung für die Bankenproblematik zu finden und somit der Diskriminierung unserer Landsleute im Ausland ein Ende zu setzen.

Empfehlung für die Abstimmung über die Altersvorsorge 2020

Die Delegierten des ASR und damit des obersten Organs der ASO haben sich (mit 80 zu 22 Stimmen, bei 8 Enthaltungen) zugunsten der Reform der Altersvorsorge 2020 ausgesprochen, die am 24. September vors Volk kommt. [Diese Abstimmungsempfehlung](#) des «Parlaments» der Fünften Schweiz fusst auf den in den Medien verbreiteten Äusserungen, denen zufolge Empfänger von ins Ausland überwiesenen AHV-Renten nicht in den Genuss der Erhöhung der Gesamtrente um 70 Franken kommen sollten, da sie davon profitierten, dass ihre Lebenshaltungskosten niedriger seien als in der Schweiz. Da die Delegierten es nicht akzeptieren können, als Bürger zweiter Klasse behandelt zu werden, legten sie Wert darauf, sich zur Reform der Altersvorsorge 2020 zu äussern.

im Plenum behandelt werden. Ausserdem wird darin jeweils die Position der ASO zu jedem Punkt klar vermerkt sein.

Zusätzlich wird vor jeder Session auch eine Liste der wichtigsten Traktanden im Zusammenhang mit der Interessensvertretung der Auslandschweizer versandt. Auf dieser Basis wird eine Aufteilung der Traktanden je nach den Kommissionen gewährleistet, deren Mitglied jede anwesende Person ist.

Das erste Frühstück findet statt am

**Mittwoch, 13.9.2017
um 7.15 Uhr
in der «Galerie des Alpes»**

Anmeldungen bitte per

E-Mail an:

direction@aso.ch.

Neu: Factsheets

Unter dem Link <http://aso.ch/de/politik/politische-themen> finden Sie die Factsheets zu den Haupttraktanden im Zusammenhang mit der Fünften Schweiz.

Aktuell verfügbar sind die Dossiers zur Bankenfrage, zum E-Voting, zur AHV/IV und zur Krankenversicherung.

Geschäftsstelle der Parlamentarischen Gruppe Auslandschweizer

Auslandschweizer-Organisation, Alpenstrasse 26, 3006 Bern
031 356 61 00
direction@aso.ch